

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 24
Mai 2014

„Europa braucht einen Neustart“

Interview mit Michael Erhardt, hessischer Kandidat der LINKEN für das EU-Parlament

DIE LINKE hat stets für einen gesetzlichen Mindestlohn gekämpft. Seid Ihr jetzt zufrieden?

Ja und nein. SPD und CDU mussten sich angesichts der breiten Zustimmung für einen Mindestlohn bewegen. Aber 8,50 Euro sind viel zu wenig. Fast alle westeuropäischen Nachbarn liegen darüber. Dieser Lohn führt zu Renten unterhalb der Grundsicherung. Und die Ausnahmen für Jugendliche und Langzeitarbeitslose erlauben es den Niedriglohnunternehmen, so weiter zu machen wie bisher. Wir fordern einen Mindestlohn von 10 Euro – ohne Ausnahmen und sofort.

Ist die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren nicht ein Lichtblick?

Mehr auch nicht, denn sie wird stufenweise auf 65 angehoben und aus den Kürzungen der gesetzlichen Rente finanziert. Wir brauchen eine echte Reform. Das Rentenniveau muss wieder auf mindestens 53 % steigen und das Eintrittsalter auf 65 Jahre sinken. Wer 40 Jahre Beiträge gezahlt hat, soll ab 60 ohne Abschlag in Rente gehen können.

Wer soll das bezahlen?

Wenn alle – auch Selbständige und Beamte – in die Rentenversiche-

rung einzahlen, die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben und der Rentenanspruch bei den höchsten Einkommen abgeflacht würde, könnte der Rentenbeitrag sogar sinken. Privatversicherungen, für die allein die Beschäftigten aufkommen müssen, wären wieder überflüssig.

In der EU wird aber eine andere Melodie gespielt und von den Mitgliedern eine Anhebung des Rentenalters verlangt.

Das ist in der Tat so. Bei der EU und ihren Vorgängern EWG und EG hatten von Anfang an wirtschaftliche Interessen den Vorrang vor sozialen. Spätestens mit den Verträgen von Maastricht und Lissabon ist die EU eindeutig neoliberal ausgerichtet. Ein Ergebnis der Deregulierung der Märkte war dann die Finanzkrise von 2008, deren Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt wurden. Mit der Kürzungs- und Privatisierungspolitik sowie dem Fiskalpakt



▲ M. Erhardt, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Frankfurt/Wiesbaden, am 25. März bei einem Grußwort zum ver.di-Warnstreik in Frankfurt

werden auf breiter Front soziale Errungenschaften zunichte gemacht, zivile und gewerkschaftliche Rechte beschnitten. Das Ergebnis: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer.

Ist Besserung in Aussicht?

Im Gegenteil. Nimmt man das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP), so ist zu befürchten, dass Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz noch stärker unter Beschuss kommen, weil sie als Handelshemmnisse definiert werden.

Fortsetzung S. 4

Kommentar

Ein deutsches Märchen

Es war einmal ein Land in der Mitte Europas, das sich als Großmacht etablierte. Ein Land, das sich über allen anderen wähnte und zwei Weltkriege vom Zaun brach. Ein Land, das die Verantwortung für die Ermordung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden trägt, das 25 Millionen Menschen der Sowjetunion das Leben raubte und seine eigene Opposition um Leben und Gesundheit brachte. Viele Bürger/innen dieses Landes sagten 1945, nachdem sie von dieser Schreckensherrschaft befreit wurden, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ Es war einmal ...

Fünf Jahre später führten die Westmächte einen Teil des Landes in das Militärbündnis NATO. Der ärmere Teil im Osten ging in den Warschauer Vertrag. Schwer bewaffnet und zur gegenseitigen Vernichtung fähig, standen sich beide lange Zeit gegenüber.

Es war einmal ... ein sowjetischer Staatsmann, der mit der Situation nicht weiter leben wollte oder konnte. Er schlug ein „Gemeinsames Haus Europa“ vor. Alle Völker und Staaten sollten ein Zimmer haben, inklusive einer gemeinsamen Teeküche und einer Kaffeebar, so etwas wie eine Wohngemeinschaft Europa. Wieder wurde nichts daraus. Statt eines gemeinsamen Hauses gibt es neue Spaltungen. Wieder steht man sich feindlich gegenüber. Jetzt an der Grenze Russlands, in der Ukraine. Soll dieser Irrsinn immer weiter gehen? Märchen enden meist: „... und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch heute.“ Vielleicht geht es dieses Mal gut aus – in einem anderen, einem besseren und friedlichen Europa.

Wolfgang Gehrcke (MdB)

Bittere Pille Doppelhaushalt

SPD und Grüne haben im Marburger Stadtparlament für die Jahre 2015/2016 einen Doppelhaushalt durchgesetzt. Üblicherweise beschließen die Stadtverordneten jährlich über die städtischen Finanzen. Die Koalitionsmehrheit folgte damit dem Wunsch von Oberbürgermeister Egon Vaupel, der im Vorfeld wenig überzeugende Argumente für ein solches Vorgehen in das Feld geführt hatte.

Fortsetzung S. 2



▲ Am Ostermontag protestierten fast 200 Menschen gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr und Rüstungsforschung an der Marburger Uni. Sie forderten, das Kriegsdenkmal der Marburger Jäger in Bortshausen endlich zu beseitigen.

Fortsetzung von S. 1

Doppelhaushalt

Das erste Argument Vaupels für einen Doppelhaushalt, die zunehmende Arbeitsbelastung in der Kämmerei, ist seit Jahren bekannt. Die Marburger Linke wollte Abhilfe schaffen und hatte verschiedentlich vergeblich eine weitere Stelle im Fachdienst Finanzservice gefordert. Vaupels Argument Nummer zwei, die Haushaltslage der Stadt würde schlechter werden, erscheint

etwas abgegriffen. Die Vergangenheit zeigt: Das Gegenteil ist richtig. Die Haushaltslage der Stadt wird seit Jahren künstlich knapp gerechnet, um etwaige Forderungen aus der Bürgerschaft zu verhindern. Innovative Vorschläge der Linken, wie etwa mit Hilfe einer Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes den Einnahmespielraum zu vergrößern, wurden wiederholt abgeschmettert.



Aus: Marburg - 12 Aufnahmen aus der Frühzeit der Photographie, 1977

▲ Das Wirtshaus an der Lahn (Gasthof zum Schützenpfehl) um 1930

Das Wirtshaus an der Lahn III

Ein Lehrstück über Marburger Stadtpolitik

Das Wirtshaus an der Lahn ist Legende. Um einem Hochhaus, dem sogenannten Affenfelsen am Fuß der Adenauerbrücke, Platz zu machen, wurde es 1970 abgerissen. Dieser Abriss steht symbolisch für den herrschenden Zeitgeist, wonach Altes modernen Betonbauten weichen muss. Erinnert sei an das alte Philippinum, das Biegeneck oder Bopp's Terrassen – ja die gesamte Oberstadt sollte weichen.

Die aktuelle Waggonhallenproduktion „Das Wirtshaus an der Lahn III – Besetzung und Abriss“ kann man als gelungenes und humorvolles Lehrstück über Marburger Stadtpolitik sehen. Zwanzig Darsteller und vier Musiker der Wirtshausband erwecken das Ringen um den Erhalt des „Wirtshauses an der Lahn“ zum Leben. Im besetzten Wirtshaus treffen unterschiedlichste Charaktere dieser Zeit zusammen, darunter politisch Radikale, abgehobene Theoretiker mit Karl Marx im Kopf und Utopisten,

mit Ideen vom alternativen Zusammenleben und dem neuen Menschen im Herzen, aber auch Streuner und Drogensüchtige sowie Bürger der Stadt, die das Alte zu bewahren wünschen. Ihnen gegenüber steht eine Planungsgruppe aus Politikern und Architekten, die konsequent die Abrisspläne, teilweise auch unter Zuhilfenahme der „Frankfurter Lösung“, mit Dachlatten bewaffneter Schläger, vorantreiben möchte. Und über allem thront das große Geld: Investor Dr. Carsten Schein (hervorragend gespielt von Pit Metz), dessen eigene Tochter Luise zu seiner größten Gegnerin wird.

Mit dem „Wirtshaus an der Lahn“ ist Willi und Matze Schmidt (Text und Regie) ein großer Wurf gelungen. Schade, dass mit diesem dritten Teil die Theaterrevueerei ihr Ende findet. Wer diesen Teil noch nicht gesehen hat, hat hierzu vom 15. bis zum 18. Mai Gelegenheit.

Tanja Bauder-Wöhr & Markus Wöhr

Das dritte Argument, die hessische Landesregierung habe auch einen Doppelhaushalt erstellt, steht auf ganz schwachen Füßen. Die abgewählte schwarz-gelbe Regierung in Wiesbaden taugt zu vielem, nur nicht als Vorbild. Die neue schwarz-grüne auch nicht, aber das ist ein anderes Thema.

Die ganze Wahrheit kam im Haupt- und Finanzausschuss zu Tage. SPD und Grüne wollen die Haushaltsdebatte aus der 2016 anstehenden Kommunalwahl heraushalten. An sich kein neues Verhaltensmuster, bereits 2010/2011 ist die Koalition so verfahren.

Das eigentliche Argument brachte – fast schon beiläufig – Dietmar Göttling, Fraktionsvorsitzender der

Grünen, in die Debatte. Die Koalition plant in den kommenden Jahren Sparhaushalte und befürchtet, Kürzungen könnten den Wähler/innen vor der Wahl nicht schmecken. Deshalb wird die bittere Pille bereits ein Jahr früher verabreicht und als erwünschte Nebenwirkung auf ein Kurzzeitgedächtnis der Bürger/innen gesetzt. Das ist des Pudels Kern. Mit dieser Strategie nehmen SPD und Grüne den Stadtverordneten nicht nur ein zentrales Recht. Die Aufstellung des Haushalts ist immer die „Stunde des Parlaments“ (Vaupel), eine Generaldebatte, in der kontrovers um die städtische Entwicklung gerungen wird. Die Koalition verschaukelt den Souverän. **Jan Schalauske**

Sorge um Daseinsvorsorge

Stadtverordnete fordern Stopp der TTIP-Verhandlungen

Eine umfassende transatlantische Freihandelszone wollen EU und USA schaffen. Nicht nur globalisierungskritische Organisationen, wie etwa Attac, befürchten einen beispiellosen Abbau von Produktionsstandards, Verbraucherschutz- und Arbeitnehmer/innenrechten, Umwelt- und Sozialauflagen, da sie als Handelshemmnisse angesehen werden.

Auf Antrag der Fraktion Marburger Linke hat die Stadtverordnetenversammlung sich dieser kritischen Betrachtungsweise angeschlossen und mehrheitlich beschlossen, dass sie durch das derzeit im Geheimen verhandelte TTIP-Abkommen „negative Konsequenzen fürchtet z.B. für die öffentliche Auftragsvergabe, die Energieversorgung, den Umweltschutz wie auch für Tarife und Arbeitsbedingungen der Stadt Marburg wie der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe.“ Weiter heißt es: „Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg lehnt eine weitere Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels ab, welche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie z.B. im Bereich der Bildung, der Kulturförderung, der Gesundheit, sozialen Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, öffentlichem Nahverkehr oder der Wasserversorgung beinhaltet.“

Auf lokaler Ebene sind SPD und Grüne dem Antrag beigetreten. Im Bund und in Europa waren es auch Vertreter/innen dieser Parteien, die in der Vergangenheit den Welthandel liberalisiert und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu Gunsten von Großkonzernen privatisiert haben. Wie nachhaltig das Umdenken bei der politischen Konkurrenz ist, muss sich in der Realität beweisen. In jedem Fall kann der Marburger Beschluss ein kleiner Mosaikstein im internationalen und vielfältigen Widerstand gegen das TTIP-Abkommen sein.

Jan Schalauske



▲ Protest gegen die TTIP-Verhandlung

Neue Koalition – alte Politik

Rot-schwarzer Koalitionsvertrag setzt kaum neue Akzente zu Schwarz-Grün

Die Große Koalition im Landkreis steht. Der Koalitionsvertrag wurde in den Gremien der künftigen Partner SPD (wenige Gegenstimmen) und CDU (einstimmig) gebilligt. Angeblich trägt der Vertrag einen sozialdemokratischen Stempel. 400.000 Euro Kürzungen bei den Sach- und Dienstleistungen. 500.000 Euro Minderausgaben durch die anhaltend niedrigen Zinsen. 200.000 Euro für den „Demografischen Wandel“ und 120.000 Euro mehr für die Schulsozialarbeit. Dazu kleinere Beträge für das Ehrenamt und das Hospiz St. Elisabeth in Marburg. Bei mehr als 300 Millionen Euro Haushaltsvolumen betragen die Umschichtungen nicht einmal ein halbes Prozent. Da stellt sich die Frage: Wozu der ganze Aufwand?

Der Reihe nach: Das Deckblatt der Vereinbarung zielt das offizielle Logo des Landkreises – ein zarter Hinweis auf das Selbstverständnis der künftigen Partner? Die Überschrift „Herausforderungen gemeinsam gestalten“ lässt offen, wer da wen herausfordert. „Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns“ und „Kommunale Politik ist kein Selbstzweck“ – Allgemeinplätze. „Die Gleichstellung von Frauen und Männern als gesellschaftliche Aufgabe“, „die gleichberechtigte Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund“



▲ Das Gebaren der Kreiskoalition ist selten ein Grund für Heiterkeit: LINKEN-Kreistagsabgeordnete Adnan Yildirim und Ingeborg Cernaj

und „die bestmögliche schulische und berufliche Ausbildung für unsere Kinder und Jugendlichen“, kein Bereich gesellschaftlichen Lebens, keine Altersstufe bleibt von den Worthülsen verschont. Auch nicht die Senioren: „Im Landkreis Marburg-Biedenkopf erreichen die Menschen ein höheres Lebensalter.“

Noch bevor „Handlungsspielräume durch solide Finanzen eröffnet werden“, wollen SPD und CDU „Den demografischen Wandel aktiv gestalten“. Immerhin wird für diesen Bereich anerkannt, „Konkurrenzdenken hilft nicht, die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen“. Beim ÖPNV sieht das schon ein wenig anders aus. Hier gilt: „Wir möchten den ÖPNV stärker nachfrageorientiert ausrichten“

– was eine schöne Umschreibung für Ausdünnung und Abbau des Angebotes ist. Der Einsatz „für eine Verbesserung des schienengebundenen Personenverkehrs im Landkreis“ kostet nichts und liest sich gut.

Da passt dann auch: „Der ländliche Raum ist kein Abstellgleis, sondern eine Chance für die Zukunft.“ Eine „millionenschwere Entlastung“ für die Städte und Gemeinden bei der Kreisumlage wird auch versprochen. Gegenfinanzierung? Fehlanzeige. Die künftige über große Mehrheit im Kreistag steht in einem grotesken Missverhältnis zum politischen Gehalt des Koalitionsvertrages. Die angestrebte bessere Zusammenarbeit mit der Stadt Marburg verändert diesen Gesamteindruck nicht. Hajo Zeller

TTIP – Der Kreistag sieht nichts, sagt nichts und hört nichts

Im Gegensatz zur Marburger Stadtverordnetenversammlung (siehe Seite 2) hat sich der Kreistag nicht gegen das Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA aussprechen mögen. Die frischgekurte SPD-Landrätin und die Abgeordneten der sich anbahnenden Großen Koalition scheinen unter Tunnelblick zu leiden. Der von der LINKEN-Fraktion eingebrachte Antrag zur Kreistagsitzung am 21. März über zu erwartende Konsequenzen für die

Bürger des Landkreises im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen wurde einfach von der Tagesordnung gewischt. Man wollte noch nicht einmal diskutieren. Begründung: Für den Landkreis Marburg-Biedenkopf seien keine nachteiligen Folgen zu erwarten. Basta.

Die werden sich noch wundern. Wenn es zu spät ist, gibt es wieder Heulen und Zähneklappen.

Inge Cernaj

Termine

Thomas Händel: Arbeitnehmerrechte in Europa

DGB-Veranstaltung mit T. Händel (MdEP, DIE LINKE, IG Metall)

Do., 15. Mai, 19 Uhr, TTZ, SoftwareCenter 3, Marburg

Frank Deppe: Autoritärer Kapitalismus

SDS-Veranstaltung mit dem em. Hochschullehrer und Buchautor Frank Deppe (Uni Marburg)

Mi., 21. Mai, 20.00 Uhr, Hörsaalgebäude, Raum +1/0030

Neustart für Europa

Veranstaltung der LINKEN mit dem hessischen Kandidaten für die EU-Wahl Michael Erhardt

Do., 22. Mai, 19.30 Uhr, Käte-Dinnebier-Saal, Bahnhofstr. 6

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw.

Käte-Dinnebier-Saal

DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg
Eingang rechte Hausseite

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke, erweiterte Fraktion**, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, freitags, 15.00 Uhr

SDS.dielinke
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

► die Marburger Gruppe des SDS trifft sich dienstags, 20.00 Uhr
www.sds-marburg.de

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantwortl.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 27.4.2014

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf

Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg

Tel. 06421-163873

info@die-linke-marburg.de

www.die-linke-marburg.de



Foto: Uwe Hilsch

en vor dem Bundestag am 12. März

Wer Europa will, muss es den Reichen nehmen.

Vermögensabgabe,
Bankenkontrolle,
Steuergerechtigkeit.

www.hier-und-in-europa.de

DIE LINKE.

Fortsetzung von S. 1

„Europa braucht Neustart“

Offene Grenzen für Waren und Kapital aber nicht für Menschen?

Ja. Die viel gerühmte Reisefreiheit gilt nur für Ausreisen nicht für Einreisen. Wer vor Armut und Verfolgung zu uns fliehen will, muss damit rechnen, wie zuvor schon schätzungsweise 20.000 Menschen in den letzten 20 Jahren, im Mittelmeer zu ertrinken oder wieder ins Elend abgeschoben zu werden. Diese menschenfeindliche Politik muss umgehend beendet werden.

Ist eine Umkehr möglich?

Nur wenn in der EU die Kräfte, die für eine Abkehr von dieser neoliberalen Politik kämpfen, stärker werden. Eine größere linke Fraktion im

Europäischen Parlament wäre dabei hilfreich. Wir sind uns mit unseren Schwesterparteien in der EU einig, dass es nicht reicht, kleine Kurskorrekturen vorzunehmen. Wir brauchen einen Neustart für Europa, auf einer sozialen, demokratischen und friedlichen Grundlage.

Das hört sich aber nicht sehr antieuropäisch ein?

Nun, die uns das vorhalten, sind diejenigen, die wie die Bundesregierung mithilfe der Troika Millionen Menschen in Armut stürzen, um auf deren Kosten die Banken zu retten. Das schürt den Zorn vieler Menschen auf die EU.

Die Fragen stellte Nico Biver

„Transparenz-AStA“ vor dem Aus

Der Juso-Hochschulgruppe reicht's. Anfang April schied sie aus der AStA-Koalition (Allgemeiner Studierenden-Ausschuss) aus. Zu Beginn des Wintersemesters 2013/2014 hatte die Mehrheitsliste der Juso-Hochschulgruppe mit Bündnis 90/Die Grünen und dem RCDS beschlossen, einen AStA zu bilden. Transparenz der Arbeit war das große Zauberwort. Dazu braucht es aber Inhalte, von denen schon von Beginn an nicht viel zu merken war.

So lässt sich die Situation kennzeichnen: Protokolle erscheinen mal ja, mal nein auf der Webseite. Rechenschaftsberichte werden zu spät oder gar nicht abgegeben. Pressemitteilungen bleiben Zufall. Projekte werden nicht von der ganzen Koalition getragen. Die ge-

plante AStA-Party zum Semesterabschluss fand nicht statt. Nur zwei Juso-ReferentInnen rackern auf dem riesigen Feld der Hochschulpolitik. Davon bearbeiten sie aktuell das Thema Zivilklausel. Das heißt, die Universität soll sich verpflichten, ausschließlich für nichtmilitärische Zwecke zu forschen.

Entgegen dem Koalitionsvertrag schickte der RCDS Vertreter/innen von studentischen Verbindungen in das Gremium. Das war eine politische Provokation. Als Resümee ist festzuhalten: außer Schaumschlägerei und inneren Querelen – kaum was gewesen. Und das noch nicht mal transparent. Dennoch wehren sich RCDS und Grüne gegen eine Abwahl und drohen mit juristischen Schritten.

Urs Köllhofer

Kirchhain: Schirm undicht

Sparpolitik nach der Rasenmähermethode, das bedeutet auch in Kirchhain die Flucht unter den kommunalen Rettungsschirm Hessen. So verkaufte man städtische Spielplätze als Bauplätze an Privatleute, sparte die städtischen Büchereien kaputt und erhöhte die Kita-Gebühren für städtische Einrichtungen um 17 Prozent. Doch damit sollte es nicht genug sein. Besorgte Eltern forderten den Magistrat und das Stadtparlament auf, die Angebote in der Grundschulbetreuung nicht weiter zu verringern. Im März 2014 senkte der von CDU, Grünen und FDP getragene Magistrat die Personalaufwendungen um 100 000 Euro. Nun hegt Bürgermeister Kirchner die Hoffnung, dass der Landkreis Mar-

burg-Biedenkopf die wegfallenden Leistungen ab dem kommenden Schuljahr übernimmt. Der steht aber selbst unter dem Spardiktat des „Schutzschirms“.

LINKEN-Abgeordneter Reinhard Heck beantragte, dass der Magistrat das Betreuungsangebot auch für das Jahr 2014/2015 gewährleisten soll. Der Bürgermeister verkündete nun, dass der Landkreis eine Betreuungslücke von 11 Uhr 20 bis 15 Uhr übernehmen wolle und das städtische Angebot nur noch von 15 bis 17 Uhr gelte. Doch hegen Eltern Zweifel, dass der Kreis die konzeptionellen und personellen Voraussetzungen bieten kann. Auch können in Kirchhain längst nicht alle Kinder einen Betreuungsplatz bekommen.

Reinhard Heck

Nicht für 'nen Appel und 'n Ei

Wie in vielen hessischen Städten beteiligten sich über mehrere Monate auch in Marburg die privaten Busfahrer an den Streiks für einen höheren Stundenlohn und für bessere Arbeitsbedingungen.

Die Beschäftigten der Marburger Verkehrsgesellschaft (MVG) sind immer aktiv dabei, wenn es darum geht, die Arbeit der Fahrer und Fahrerinnen angemessen, auch finanziell, zu würdigen. Sie tragen eine hohe Verantwortung für die Fahrgäste, überprüfen die Sicherheit, geben Auskunft über Tarife, überleben den Lärmpegel, wenn der Bus randvoll ist, warten auch mal, wenn jemand hinter dem Bus herrennt.

Am 8. April wurde ein Tarifabschluss erreicht. Der Lohn erhöht sich in drei Stufen bis Oktober 2015 auf 12 Euro die Stunde. Auch die Auszubildenden kamen mit einer Stufenerhöhung nicht zu kurz.

Zu den Gepflogenheiten der Tarifauseinandersetzung in Marburg gehört auch, dass die DIE LINKE ihre Solidarität bezeugt. Janis Ehling, Kreisvorsitzender der LINKEN und Jan Schalauske, Marburger Stadtverordneter, überbrachten bei einer Streikkundgebung auf dem Marktplatz solidarische Grüße. In einem Schreiben an die Streikenden bot der Kreisverband weitere Unterstützung an.

reb



▲ O. Kamorua (2. vl.) beim Bündnis „Nein zum Krieg“

Die namibische Menschenrechtsaktivistin Dr. Olga Kamorua besuchte Marburg

Nachdem 2011 im Marburger Stadtteil Bortshausen ein umstrittenes Denkmal für die Marburger Jäger errichtet wurde, die u.a. am Völkermord im damaligen „Deutsch-Südwestafrika“ beteiligt waren, drang diese Nachricht nach Namibia. Die Empörung darüber, dass man in Deutschland die kolonialen Verbrechen vergessen hat, aber die Täter ehrt, während die Folgen in Namibia bis heute

allgegenwärtig sind, ist groß. Stammesoberhäupter der Herero und Nama schickten Protestbriefe nach Marburg, die ihre Vertreterin Dr. Olga Kamorua bei einem Marburg-Besuch auf Einladung der „Bürgerinitiative Kein Kriegsdenkmal in Bortshausen“ dem Magistrat übergab.